

Johannes Schraps. Bundestagsabgeordneter für das

Newsletter 9/2022

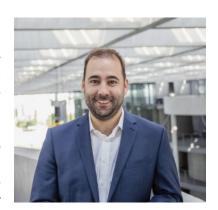
29. Juni

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

Weserbergland.

seit fast vier Monaten führt Russland einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Vergangene Woche ist Bundeskanzler Olaf Scholz gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dem italienischen Premier Mario Draghi und dem rumänischen Präsidenten Klaus Johannis nach Kiew gereist und hat sich ein Bild von der Lage gemacht.

Die Botschaft, die die vier Europäer überbrachten, lautet: Die Ukraine gehört – genauso wie die Republik Moldau – zur europäischen Familie. Wir stehen gemeinsam mit unseren internationalen Partnern in EU und NATO fest an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainern. Wir unterstützen die Ukraine finanziell, humanitär – und auch militärisch, indem wir



Ausrüstung, Munition und moderne Waffensysteme zur Selbstverteidigung liefern. Dabei lassen wir uns von klaren Prinzipien leiten. Es gibt keine deutschen Alleingänge. Deutschland stimmt sich regelmäßig mit seinen internationalen Partnern ab.

Zudem haben wir weitreichende und wirksame Sanktionspakete auf EU-Ebene beschlossen, um Russland zu isolieren. Wir wissen aber auch: Nur der zügige Ausbau der Erneuerbaren Energien macht uns unabhängig von russischer und fossiler Energie. Mit dem Osterpaket hat die Ampel früh die Weichen gestellt: Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden, um insbesondere den Bau von Windkraftanlagen zügig und rechtssicher unter Wahrung ökologischer Schutzstandards zu ermöglichen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren. Eine Rückkehr zur Atomkraft lehnen wir ab.

Bei der Energiewende gilt für uns ein Dreiklang: Die Versorgungssicherheit muss gesichert sein. Unsere Maßnahmen müssen im Einklang mit den Klimazielen stehen. Und: Energie muss bezahlbar sein. Die Ampel hat zügig und entschlossen reagiert und zwei Entlastungspakete in Höhe von 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, die in den kommenden Wochen spürbar bei den Menschen ankommen werden. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer erhält 300 Euro Energiepreispauschale, für jedes Kind kommen noch einmal 100 Euro hinzu. Wir haben befristet den Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket eingeführt und den Heizkostenzuschlag erhöht. Davon profitieren insbesondere auch kleine und mittlere Einkommen

Wir greifen auch Schülerinnen und Schülern und Studierenden unter die Arme. Mit der BAföG-Reform sorgen wir dafür, dass künftig mehr junge Menschen die Förderung erhalten. Wir erhöhen die Elternfreibeträge und heben die Sätze spürbar an, damit junge Menschen steigende Lebenshaltungskosten und hohe Mieten stemmen können. Wer BAföG bezieht,

erhält zudem einen Heizkostenzuschuss in Höhe von 230 Euro sowie die Energiepreispauschale von 300 Euro aus den Entlastungspaketen, wenn ein Minijob ausgeübt wird. Wir setzen auf direkte Unterstützung, die dort ankommt, wo sie am meisten gebraucht wird. Strukturelle Entlastungen wie die Kindergrundsicherung, das Bürgergeld und das soziale Klimageld haben für uns oberste Priorität. Mit der Konzertierten Aktion bittet Olaf Scholz Arbeitgeber und Gewerkschaften Anfang Juli an einen Tisch, um über solidarische Maßnahmen gegen die Preisentwicklung zu beraten.

Ich wünsche Euch eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen.

Johannes Schrafs

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Gespräch mit der ukrainischen

Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

Abschaffung des § 219a

Seite 3 — Wahlkreisbesuch bei Peggy Schierenbeck

in Diepholz

Seite 4 — Besuch der KSG in Hameln

125-jähriges Jubiläum Feuerwehr Fürstenhagen

Seite 5 — 1000-Jahr-Feier Salzhemmendorf

Besuch des BDH-Bundesverbandes

Seite 6 — 24. Betriebs- und Personalrätekonferenz

in Berlin

Seite 7 — Themenüberblick Bundestag

Seite 8 — Besuchergruppen in Berlin

Seite 9 — Besuchergruppen in Berlin

Ihr findet mich auch bei:









BESUCH UND GESPRÄCH MIT EINER UKRAINISCHER PARLAMENTARIERGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

In der letzten Sitzungswoche fand ein wichtiges und sehr gutes Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen aus dem ukrainischen Parlament statt. Erneut

haben uns Abgeordnete der Vekhovna Rada in Berlin im Bundestag besucht und uns sehr direkte und persönliche ganz Einblicke in die

schlimme Situation in der Ukraine geschildert. Sergii Ionushas als Vorsitzender des Ausschusses für Rechtsdurchsetzung war gemeinsam mit seiner Stellvertreterin Galyna Mykhailiuk, mit der Vorsitzenden des Unterausfür Korruptionsbeschusses kämpfung Iuliia Iatsuk und der zung des Europaausschusses, des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses kamen zahlreiche wichtige Punkte zur Sprache. Danke für

> den offenen und fruchtbaren Austausch. Für uns ist vollkommen klar, dass die Ukraine weiter

jede mögliche Hilfe benötigt, um sich gegen den russischen An-

griffskrieg zu erwehren.



stellv. Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr & Infrastrultur Yulia Klymenko bei uns zu Gast. In der gemeinsamen Sit-

ABSCHAFFUNG DES §219a



Wir machen Schluss mit der Kriminalisierung von Ärztinnen und Ärzten, die Frauen in Notsituationen mit Informationen zur Seite stehen. Künftig können Ärztinnen und Ärzte über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Damit haben Frauen einen freien und sachgerechten Zugang zu medizi-Informationen nischen

Schwangerschaftsabbrüche. Keine Frau trifft die weitreichende Entscheidung, ob sie ein Kind austragen und gebären will, leichtfertig. Wer das suggeriert, hat ein Frauenbild, das wir entschieden ablehnen und gegen das so viele starke Frauen in unserer Gesellschaft kämpfen. Wir machen Politik nicht mit dem Frauenbild des 19. Jahrhunderts, sondern wir machen Politik im Hier und

Jetzt. Mit der Streichung von §219a geben wir Frauen in diesem Land ein Stück ihrer Selbstbestimmung zurück, die ihnen dieser Paragraf genommen hat.

WAHLKREISBESUCH BEI PEGGY SCHIERENBECK IN DIEPHOLZ



In der letzten Woche habe ich meine Bundestagskollegin Peggy Schierenbeck in ihrem Wahlkreis besucht. Peggy hatte mich eingeladen sie in Diepholz zu besuchen, denn vor einem Jahr durfte ich als Berichterstatter im Finanzausschuss die Verhandlungen für das Gesetz zu Einführung von elektronischen Wertpapieren führen. Damit müssen Wertpapiere seither nicht mehr in Pa-

dezentral mit
Hilfe einer
Blockchain begeben werden. Und in
Peggys Wahlkreis sitzt die
Artec Ag. Artec entwickelt
und vertreibt
nicht nur mo-

dernste Video Managementsoftware- und Systemlösungen mit Einsatz künstlicher Intelligenz. Und das Diepholzer Unternehmen "artec technologies AG" aus Peggys Wahlkreis, war auch eines der ersten, die mit Kryptowertpapieren die Möglichkeit genutzt hat, um neue Investitionen zu finanzieren. Sie gaben uns tolle Einblicke in ein hochinnovatives Unternehmen, dass

nun auch noch neues-Anleihete Möglichkeiten nutzt. Den Besuch im Wahlkreis habe ich auch genutzt, um

gemeinsam mit ihr und der Landtagskandidatin Wiebke Wall bei LLOYD Shoes in Sulingen vorbeizuschauen. Seit 1888 stellt das dortige Unternehmen Schuhe in Handarbeit her. Während unseres Besuches im Werk haben wir über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Betrieb und die Unterstützung für Unternehmen gesprochen. Beim Rundgang konnten wir uns von den hochwertigen Produkti-



onsabläufen hautnah überzeugen. Vielen Dank für die Einblicke, insbesondere an den Betriebsrat. Und Danke für die Einladung, liebe Peggy Schierenbeck!



pierform begeben werden. Sie können nun auch elektronisch in einem Zentralregister oder sogar

BESUCH DER KSG IN HAMELN

Seit Anfang 2020 ist Swen Fischer nun bereits Geschäftsführer der Kreissiedlungsgesellschaft des

Landkreises Hameln-Pyrmont (KSG). Gemeinsam mit ihm habe ich die Baustelle für den Neubau eines Mehrfamilienhauses mit bis zu 10 Wohneinheiten in der Breslauer Straße in Kirchohsen besucht. Anschließend haben wir uns im KSG-Büro in Hameln über die derzeitigen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt ausgetauscht. Ich bin froh, dass die KSG trotz der aktuell massiv gestiegenen Baukosten und steigender Kreditzinsen an ihren geplanten Projekten

festhält und ein ver-

lässlicher Partner für

die Träger-Kommunen und den Landkreis Hameln-Pyrmont bleibt. Ein wichtiges Signal, das dazu beiträgt, das Ziel der Bundesregierung zu erreichen und in den kommenden Jahren 400.000 neue,









bezahlbare und klimafreundliche Wohnungen zu schaffen. Die KSG bietet nun bereits seit über 75 Jahren umfangreiches "Know-How", Beratung sowie kompetenten Service rund um

> das Thema "Wohnraumversorgung" an und stellt ein breites Spektrum an bezahlbarem Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis zur Verfügung. Mit einem Wohnungsbestand rund 950 Wohnungen und knapp 1000 realisierten Eigentumsmaßnahmen hat es die KSG geschafft, viele Menschen Wohnraum zu versorgen. Darüber hinaus ist sie wichtiger Partner in den Sparten "Betreutes Wohnen" sowie "Wohnen im Alter" und agiert in den Bereichen Wohnwirtschaft, Städtebau und Infrastruktur als professioneller Unterstützer und Dienstleister für kooperierende Gesell-

schafter. Danke an Swen Fischer und das gesamte Team der KSG für die interessanten Einblicke.

125-JÄHRIGES JUBILÄUM FEUERWEHR FÜRSTENHAGEN

Schon vor zwei Jahren wollte die Freiwillige Feuerwehr in Fürstenhagen ihr 125-jähriges Jubiläum feiern. Nun konnte das endlich nachgeholt werden und sowohl Ortsbrandmeister Udo Leibecke als auch Ortsbürgermeister Christian Kempe waren sichtlich froh, dass es nun endlich zur großen Jubiläumsfeier kommen konnte. Natürlich habe ich in einem Gruß-

wort meinen Dank für das große ehrenamtliche Engagement ausgedrückt. Die Stimmung im pickepackevollen Zelt war ausgezeichnet und es war der Dorfgemeinschaft ganz klar anzumerken, dass sich alle darauf gefreut haben, endlich mal wieder persönlichen Austausch bei einem solch schönen Fest zu haben. Vielen Dank für die Einladung.









1000-JAHR-FEIER SALZHEMMENDORF

Was für ein toller und vor allem farbenfroher Umzug zur 1000-Jahr-Feier von Salzhemmendorf! Wir haben beim Zug durch das Dorf ordentlich geschwitzt und mussten viel trinken, im einem Sonnenstich einigermaßen zu entgehen. Klasse, was die vielen örtlichen Vereine alles auf die Beine gestellt haben, um sich beim runden Jubiläum gut zu präsentieren. Auf der Festmeile gab's im Dorf viel zu entdecken. Anschließend durfte, wie schon zum Start am Freitag, im Festzelt ordentlich gefeiert werden.









BESUCH DER BDH-BUNDESVERBANDES HESSISCH OLDENDORF

Mit der BDH-Fachklinik in Hess. Oldendorf haben wir eine Klinik bei uns im Weserbergland, die nicht nur aufgrund der Spezialisierung als modernes neurologisches Fach-

krankenhaus eine besondere ist, sondern auch durch die Trägerschaft durch den gemeinnützigen BDH Bundesverband Rehabilitation. Vielfach war ich in den vergangenen Jahren als heimischer Abgeordneter dort zu Gast, um die Besonderheiten der Klinik-Landschaft in unserer Region zuverlässig und gut informiert nach Berlin können. zu tragen Nun habe ich gemeinsam

mit Constantin Grosch, unserem SPD-Landtagskandidaten und Vorsitzenden der Mehrheitsgruppe im Kreistag im Landkreis HamelnPyrmont, ganz bewusst die Beratungsstelle des BDH Bundesverbandes in Hess. Oldendorf besucht. Hier bietet der BDH rechtliche Beratung und professionelle Vertre-



tung vor Behörden, Versicherungen und den Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit sowie ehrenamtliche soziale Betreuung an. Beratung wird zu allen Bereichen des Sozialrechts angeboten. Vom Schwerbehindertenrecht, über Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Pflege

und Hilfsmittel bis zu Erwerbsminderungsrenten. Die BDH-Beratungsstelle berät in ganz Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt und sogar in einigen Teilen Ostwestfalens. Es ist gut zu sehen, dass hier ganz viel Fachwissen in der Beratungsarbeit vorhanden ist und tolle Arbeit geleistet wird. Vielen Dank für die Einblicke und die guten Gespräche, insbesondere an Frau Reineke und Frau Grüner, aber auch an den Geschäfts-

führer der BDH-Klinik und Vorsitzenden des BDH-Kreisverbands Schaumburg-Weser-bergland, Uwe Janosch.

24. BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ IN BERLIN

Zum 24. Mal hat die SPD-Bundestagsfraktion Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen und Personalräte aus ganz Deutschland in den Bundestag



eingeladen. Die Konferenz stand unter dem Motto "Sozialer Zusammenhalt in Betrieb und Gesellschaft".

Die aktuellen Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und



die damit verbundenen Preissteigerungen standen dabei ebenso im Zentrum wie die zentralen Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion. Arbeitsgruppen diskutierten zu Weiterbildung, betrieblicher Mitbestimmung und Schwerbehindertenrecht. Insgesamt waren 200 Ver-

treterinnen und Vertreter aus ganz Deutschland nach Berlin angereist. Fast ebenso viele nahmen online teil.

In Berlin konnten die Betriebsund Personalräte, so wie zum Beispiel Antje Manz von Stiebel Eltron aus Holzminden, in Präsenz teilnehmen. Darüber hin-



aus hatte ich auch Betriebsräte von der Logocos Naturkosmetik GmbH & Co. KG aus Salzhemmendorf, aus dem Sana-Klinikum Hameln-Pyrmont, von der BHW-Bausparkasse/Deutschen Bank und vom SPD-Bezirks Hannover eingeladen.

Die Grundlage für ein gutes Leben ist gute Arbeit und damit verbunden natürlich auch die Möglichkeit zur Beteiligung! Die Gestaltung der Bedingungen und Mitbestimmung in der Arbeitswelt ist wichtiger Bestandteil der Betriebsratsarbeit.

Ich freue mich, dass auch wieder Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus meinem Wahlkreis die Chance genutzt haben und an der diesjährigen Betriebs- und Personalrätekonferenz teilgenommen haben.

Unser SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich richtete ebenso das Wort an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmern wie der Bundesminister für Arbeit und



Soziales, Hubertus Heil, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange für Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, und die neue DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi. Großen Beifall gab es für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober.



THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

EU-weit transparente Arbeitsbedingungen

In dieser Woche beraten wir abschließend einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem die europäische Richtlinie zu transparenten und vorhersehbaren Arbeitsbedingungen in nationales Recht umgesetzt wird. Es geht darum, die bisher vorgesehene Pflicht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, über die wesentlichen Aspekte eines Arbeitsverhältnisses Auskunft zu geben, zu erweitern und zu präzisieren (sogenannte Nachweispflichten). Dies betrifft etwa die Frist, bis wann diese Angaben vorzulegen sind, oder die Auskunft darüber, wie sich die jeweilige Vergütung zusammensetzt.

Hinzu kommen neue Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen in Bezug auf die Höchstdauer einer Probezeit, Mehrfachbeschäftigung, Mindestvorhersehbarkeit der Arbeit – also beispielsweise vereinbarte Ruhepausen und zeiten –, Übergang zu einer anderen Arbeitsform (etwa Schicht- oder Normalarbeit) sowie Pflichtfortbildungen. Wichtiger Teil der Neuordnung ist die mögliche Ahndung von Verstößen bei der Nachweispflicht durch ein Ordnungswidrigkeitenverfahren. Kommen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihren Pflichten nicht nach, sind Geldbußen von bis zu 2.000 Euro möglich.

Verzinsung von

Steuernachforderungen

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit seinem Beschluss vom 8. Juli 2021 die geltenden Regelungen für die Verzinsung von Steuernachzahlungen und erstattungen dem Grunde nach als

verfassungsgemäß bestätigt. Gleichzeitig hat es aber ausgeführt, dass der Gesetzgeber den dabei angewendeten festen Zinssatz von 0,5 Prozent je vollem Zinsmonat seit 2014 hätte anpassen müssen. Das hat für Verzinsungszeiträume ab dem 1. Januar 2019 zur Folge, dass Gerichte und Verwaltungsbehörden die bisherigen Verzinsungsregelungen nicht mehr anwenden dürfen. Laufende Verfahren waren und sind auszusetzen. Der Gesetzgeber muss bis Ende Juli 2022 für alle offenen Fälle eine rückwirkende verfassungsgemäße Neuregelung für Verzinsungszeiträume ab 1. Januar 2019 treffen.

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung, das wir jetzt in 2./3. Lesung beschließen, wird der Zinssatz für Nachzahlungsund Erstattungszinsen ab dem 1. Januar 2019 rückwirkend auf 0,15 Prozent pro Monat (das heißt 1,8 Prozent pro Jahr) gesenkt und damit an die verfassungsrechtlichen Vorgaben angepasst. Damit wird den Forderungen des BVerfG Rechnung getragen. Die Neuregelung gewährleistet Rechts- und Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Finanzbehörden.

Um auf Veränderungen beim Zinsniveau zukünftig schneller reagieren zu können, wird der Zinssatz alle zwei Jahre evaluiert, erstmalig zum 1. Januar 2024.

EU-Digitalisierungsrichtlinie: Online-Beglaubigungen ausweiten

In der vergangenen Legislaturperiode hat der Bundestag Gesetzesänderungen zur Umsetzung der EU-Digitalisierungsrichtlinie beschlos-

sen, durch welche die Möglichkeit zur Online-Beglaubigung von Handelsregisteranmeldungen ausgeweitet wurden. Dabei waren allerdings bestimmte juristische Personen vom Anwendungsbereich des Verfahrens der Online-Beglaubigung ebenso wenig erfasst wie Anmeldungen zum Partner-Genossenschafts- oder schafts-, Vereinsregister. Der Rechtsausschuss hatte daher gefordert, in dieser Wahlperiode die Ausweitung Online-Beglaubigungsverfahren anzugehen und zu prüfen, weitere beurkundungspflichtige Vorgänge des Gesellschafts- und Registerrechtes einzubeziehen. Das greift der Gesetzentwurf der Bundesregierung nun auf, den wir in dieser Woche in 2./3. Lesung abschließend beraten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Online-Möglichkeit zur Handels-Beglaubigung von registeranmeldungen auszuweiten. Die bisherige Beschränkung auf bestimmte Rechtsträger wie Einzelkaufleute, GmbH oder Aktiengesellschaften werden nun aufgehoben. Online-Beglaubigungen von Handelsregisteranmeldungen für alle Rechtsträger und Anmeldungen zum Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister werden in den Anwendungsbereich aufgenommen. Künftig soll außerdem das notarielle Verfahren der Online-Beurkundung auch auf einstimmig gefasste satzungsändernde Beschlüsse angewandt werden können. Die Regelungen treten zum 1. August 2022 für die Personen- und Handelsgesellschaften und zum 1. August 2023 für die Vereine in Kraft.



BESUCHERGRUPPEN IN BERLIN



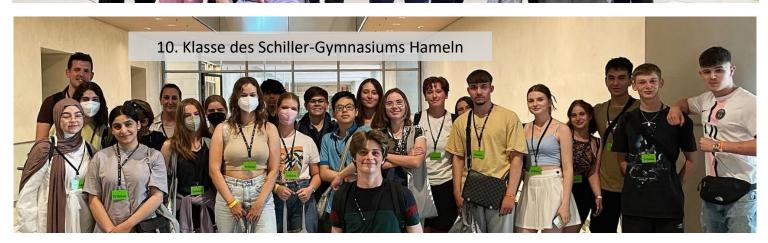




BESUCHERGRUPPEN IN BERLIN







Büro HamelnHeiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden Obere Str. 44 37603 Holzminden

05531 5030

Büro Berlin Platz der Republik 1 11011 Berlin

030 227 77295

 $johannes.schraps.wk @\,bundestag.de$

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva